

22.04.2021

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 5021 vom 19. Februar 2021  
des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD  
Drucksache 17/12723

**Deutliche Kritik der IHK Aachen lässt aufhorchen. Trifft es zu, dass die Landesregierung Unternehmen im Strukturwandelprozess „weitgehend außen vor“ lässt?**

### *Vorbemerkung der Kleinen Anfrage*

Der Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier ist zweifelsohne eine enorme Herausforderung. Mit dem Strukturstärkungsgesetz soll die Basis für einen erfolgreichen Strukturwandel in den Braunkohlerevieren und an den besonders betroffenen Standorten von Steinkohlkraftwerken geschaffen werden. Im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes verpflichtet sich der Bund, den durch den Kohleausstieg ausgelösten Strukturwandel in den Braunkohlerevieren bis zum Jahr 2038 mit insgesamt 40 Milliarden Euro zu unterstützen. Auf Nordrhein-Westfalen entfallen insgesamt rund 14,8 Milliarden Euro.

Für den zukünftigen Wertschöpfungsprozess und den Erhalt sowie die Neuschaffung von Arbeitsplätzen spielt auch die Unterstützung von Industrie und Gewerbe eine zentrale Rolle. Betrachtet man die derzeitige Verteilung von Mitteln, können durchaus Zweifel aufkommen, ob Industrie und Gewerbe im Gesamtgefüge des Strukturwandelprozesses angemessene Berücksichtigung gefunden haben – sind es doch am Ende gerade Unternehmen und Industrie, die Wertschöpfung betreiben und Arbeitsplätze schaffen.

Die konkrete Verwendung dieser Mittel war auch zuletzt immer wieder Gegenstand öffentlich geäußelter Kritik. Zuletzt berichtete der WDR am 12.02.2021 über die von der IHK Aachen vorgetragene Kritik, Unternehmer blieben im Strukturwandelprozess „weitgehend außen vor“. Der WDR führt, die IHK zitierend, weiter aus: „Aus dem Sofortprogramm Plus gingen beispielsweise 53 Prozent der Mittel in Forschungsinvestitionen, aber nur 13 Prozent in die Förderung von Produktionsbetrieben.“<sup>1</sup>

Dass es an der durch die Landesregierung gesteuerten Forschungslastigkeit der Förderung des Strukturwandelprozesses Bedenken einer für den Prozess nicht unbedeutenden Kammer gibt, ist dem Landtag Nordrhein-Westfalen nach Auffassung des Unterzeichners dieser Kleinen Anfrage nicht bekannt und von der Landesregierung im Rahmen ihrer Berichterstattungen zu keinem Zeitpunkt vorgetragen worden.

---

<sup>1</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespoltik/streit-um-geld-braunkohle-100.html> (Aufgerufen am 18.02.2021, 13:44 Uhr)

Wenn sich aber VertreterInnen der Wirtschaft im Rheinischen Revier im Rahmen des Strukturwandelprozesses tatsächlich „weitgehend außen vor“ sehen, ist das eine für den Landtag Nordrhein-Westfalen relevante Information. Dass eine solche Information unterblieben ist, lässt unterschiedliche Schlüsse zu. Entweder hat die Landesregierung selber keine Kenntnis der kritischen Sicht der Wirtschaft auf ihr Vorgehen oder aber sie informiert das Parlament absichtlich nicht über solche kritischen Stimmen. Für eine Beurteilung des Strukturwandelprozesses ist keine der beiden Varianten aus Sicht des Parlaments als befriedigend zu bezeichnen. Die vorgetragene Kritik der IHK bedarf also einer genaueren Betrachtung.

**Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie** hat die Kleine Anfrage 5021 mit Schreiben vom 22. April 2021 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales beantwortet.

1. ***Bestätigt die Landesregierung die Feststellung der IHK Aachen, dass aus dem Sofortprogramm Plus 53% der Mittel in Forschungsinvestitionen und 13% in die Förderung von Produktionsbetrieben fließen?***
2. ***Welche aktuellen Programme sind von der Landesregierung aufgelegt, um konkret Unternehmensinvestitionen im Rheinischen Revier zu ermöglichen?***
3. ***Wie gedenkt die Landesregierung, die hohe Verwendung der Mittel im Bereich der Forschung schlussendlich auch in Wertschöpfung mit Arbeitsplatzschaffung umzuwandeln?***
4. ***Wie gedenkt die Landesregierung, Rahmenbedingungen und Förderungen für die Unterstützung von Industrie und Gewerbe im Strukturwandelprozess so zu gestalten, dass sie von Unternehmen auch tatsächlich in Anspruch genommen werden können?***
5. ***Wie will die Landesregierung Plan- und Genehmigungsverfahren bei Unternehmensansiedlungen verkürzen?***

Die Fragen 1 bis 5 werden gemeinsam beantwortet.

Der Erfolg des Strukturwandels im Rheinischen Revier bemisst sich vor allem anderen daran, dass es gelingt, bereits in diesem Jahrzehnt hochwertige Arbeitsplätze sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Menschen im Rheinischen Revier, insbesondere für die rund 15.000 direkt und indirekt betroffenen Beschäftigten der Braunkohlewirtschaft, sicherzustellen. Die Frage, wo neue Arbeitsplätze entstehen, ist die entscheidende Schlüsselfrage des Strukturwandels.

Grundsätzlich gilt, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Wirtschaft, das heißt bei den lokalen Unternehmen und Betrieben, entstehen müssen. Gute Strukturpolitik unterstützt die vorhandenen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und Anpassungsfähigkeit an ein sich veränderndes Umfeld, schafft günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln - wie die Landesregierung NRW es zum Beispiel mit dem Entfesselungspaket IV getan hat -, macht eine Region damit attraktiv für Ansiedlungen und Fachkräfte und sorgt für ein dynamisches Transfer- und Start-up-Geschehen.

Dazu gehört auch eine unmittelbare Förderung von Innovationen und Transformationsprozessen in Unternehmen, um Gründungen und Wachstum von Unternehmen zu unterstützen.

Konkret prüft die Landesregierung unter anderem die Realisierung eines Breitenförderprogramms für das Rheinische Revier, in dessen Rahmen klein- und mittelständische Unternehmen bei der Transformation ihrer Geschäftsmodelle unterstützt werden sollen. Erfolgreiche Strukturpolitik bedeutet gleichwohl ausdrücklich nicht, dass neu geschaffene Arbeitsplätze unmittelbar aus Strukturfördermitteln finanziert werden müssen. Die Landesregierung verfolgt die Strategie, mit den Strukturmitteln für das Rheinische Revier mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen Impulse für eine sich selbst tragende Entwicklungsdynamik zu setzen, die die erfolgten Investitionen letztlich um ein Vielfaches übersteigt.

Hochwertige Arbeitsplätze werden in den nächsten Jahren insbesondere in den im Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Revier definierten Zukunftsbranchen entstehen. Das Rheinische Revier befindet sich in diesen Branchen in einer starken Ausgangsposition, die es insbesondere seiner international anerkannten und ausdifferenzierten Forschungslandschaft verdankt. Um den Transfer der dort generierten Forschungsergebnisse in marktgängige Produkte und Verfahren weiter zu verbessern, will die Landesregierung im Rheinischen Revier Strukturen für einen noch effektiveren und systematischeren Wissens- und Technologietransfer aufbauen.

Ein Beispiel für diesen Strategieansatz ist das im März 2021 bewilligte „Blockchain Reallabor“ in Hürth, das die Anwendung der durch Kryptowährungen wie Bitcoin bekannten Blockchain-Technologie in Praxisprojekten aus den Bereichen Energie, Finanzen, Produktion, Logistik oder Daseinsvorsorge erproben soll. Im Erfolgsfall entstehen hieraus neue Geschäftsmodelle und neue Industriearbeitsplätze. Die neue DLR-Forschungseinrichtung „Technologien für Kleinflugzeuge“ (DLR-KF) in Aachen und Merzbrück wiederum wird sich mit den Themen elektrisches Fliegen und urbaner Luftverkehr befassen. Sie unterstützt somit den Auf- und Ausbau einer regionalen Luftfahrtindustrie und setzt Impulse für die Ausbildung von Luftfahrzeugführern, Luftfahrtingenieuren und Technikern.

Durch die thematische Schwerpunktsetzung beim Strukturwandel will die Landesregierung zudem erreichen, dass das Rheinische Revier sich als eine europaweit führende Region für die Entwicklung und Anwendung von Technologien etabliert, die für den weltweiten Übergang zu einer nach-fossilen Industrie erforderlich sind. Die Landesregierung setzt daher bewusst einen Schwerpunkt auf Strukturprojekte aus den Bereichen Energiesystem der Zukunft, Mobilität der Zukunft sowie Wasserstoff. Gelingt es, die Exzellenz des Rheinischen Reviers in diesen Bereichen weiter zu stärken, schafft dies Anreize für Unternehmen weltweit, im Rheinischen Revier zu investieren und auf das hier vorhandene und stetig wachsende Wissens- und Fachkräftepotenzial zurückzugreifen.

Der Ausbau der infrastrukturellen Rahmenbedingungen – d.h. der Ausbau von Straßen, Schienen und digitalen Infrastrukturen sowie städtebauliche Initiativen und die Aktivierung von Gewerbeflächen – stellt eine weitere wichtige Voraussetzung für das Entstehen wirtschaftlicher Dynamik im Rheinischen Revier dar. Gerade für solche Maßnahmen gilt, dass ihre direkten Arbeitsplatzeffekte vergleichsweise gering sind. Ihre indirekten Auswirkungen auf die Attraktivität der Region für Investoren und Fachkräfte sind jedoch erheblich.

Wie viele Arbeitsplätze als direkte oder indirekte Folge einzelner Strukturwandelprojekte entstehen und wie sich die Mittel auf Forschungsinvestitionen und die Förderung von Unternehmen aufteilen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht final abzuschätzen. Anhaltspunkte zu projektscharfen Arbeitsplatzeffekten erwartet die Landesregierung nach Abschluss des Aufbaus eines Monitoring-Systems, in dessen Rahmen der Arbeitsplatzeffekt jedes Projektes erfasst und nachgehalten wird. Die Landesregierung hat zudem eine volkswirtschaftliche Analyse ausgeschrieben, die die zu erwartenden Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Umsetzung des Wirtschafts- und Strukturprogramms untersucht.

Informationen zu den aktuellen Entwicklungen im Rheinischen Revier finden sich auf der Homepage der Zukunftsagentur Rheinisches Revier ([www.rheinisches-revier.de](http://www.rheinisches-revier.de)). Hinsichtlich des Sternverfahrens für Projekte aus dem SofortprogrammPLUS und dem Starterpaket Kernrevier weise ich auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 5019 (Drucksache 17/13047) hin.

Im Übrigen wird auf die Antwort auf die Kleine Anfrage 5020 verwiesen.